

# **NesT – eine realistische Möglichkeit zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge?**

## **Resettlement**

„Resettlement“ ist die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge, die in ein anderes Land geflohen waren und dort immer noch bedroht oder gefährdet sind. In einer Größenordnung von 500 Menschen pro Jahr möchte sich Deutschland dieser Aufgabe jetzt stellen. Das Ziel ist unterstützenswert. Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die weltweit ein solches Programm brauchen, auf 1,4 Millionen. Der deutsche Beitrag beläuft sich also auf 0,036% des weltweiten Bedarfs. Der deutschen Wirtschaftsleistung wird das bei weitem nicht gerecht. Aus Deutschland wurden im vergangenen Jahr 23.617 Personen abgeschoben. Auch das macht ein Missverhältnis zwischen Abschiebung und Aufnahme deutlich.

## **NesT – ein Programm aus dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat**

NesT ist unter Verantwortung von Innenminister Horst Seehofer aufgelegt worden. Nachgeordnete Behörden waren eingebunden. Pressemitteilungen ist zu entnehmen, dass renommierte Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz und der Paritätische Gesamtverband an der Konzeption beteiligt waren. Die teilnehmenden Flüchtlinge werden vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen ausgesucht. Ein erneutes Asylverfahren soll es in Deutschland nicht geben. Die Personen haben eine gesicherte Perspektive für drei Jahre. Sie sind anerkannten Asylbewerbern rechtlich weitgehend gleichgestellt. Das bedeutet: Sie haben Anspruch auf Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (Hartz IV).

## **Flüchtlingsinitiativen sollen zahlen und betreuen.**

Hunderte Flüchtlingsinitiativen in ganz Deutschland wissen, wie man Flüchtlinge betreut und welchen Aufwand diese Betreuung erfordert. Sie sind bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen. NesT geht davon aus, dass die Betreuung nach einem Jahr erledigt ist. Den Erfahrungen der Flüchtlingsinitiativen entspricht diese Kalkulation nicht. Nach einem Jahr fängt die Integrationsarbeit erst wirklich an. Außerdem sollen Flüchtlingsinitiativen geeignete kostengünstige Wohnungen suchen und für zwei Jahre im Voraus die Kaltmiete übernehmen. Für eine Einzelperson kommt man vielleicht mit € 200.- pro Monat aus. Dann müssen € 4.800.- vorfinanziert werden. Bei einer fünfköpfigen Familie kommt man leicht auf € 800.- pro Monat. Dann müssen € 19.200 aufgebracht werden. Minister Seehofer weiß, dass solche Summen für Einzelpersonen nicht ohne weiteres zu stemmen sind. Deshalb müssen mindestens fünf Personen ein Betreuungsteam bilden und die Kosten unter sich aufteilen.

## **Persönliche Abhängigkeit**

Aber selbst wenn Privatpersonen oder Flüchtlingsinitiativen das Geld aufbringen können, ergeben sich komplizierte persönliche Probleme. Geflüchtete Menschen werden sehr schnell begreifen, dass sie für ihren Aufenthalt in Deutschland ganz bestimmten Menschen dankbar sein müssen. Die haben ja für sie bezahlt. Selbst wenn alle nur das Beste wollen, können sich dadurch paternalistische Abhängigkeitsverhältnisse ergeben. Bisher haben Betreuerinnen und Betreuer solche Verhältnisse bewusst vermieden. Außerdem können sich auch Personen mit eigennützligen Motiven am NesT-Programm beteiligen. Billige und im Grunde unbrauchbare Wohnungen sind schnell besorgt. Man kann sie mit Geflüchteten vollstopfen und diese dann zwingen, die vorgelegte Miete unter unzumutbaren Bedingungen oder vielleicht sogar schwarz abzarbeiten. Sicherungen gegen solchen Missbrauch sind der NesT-Broschüre nicht zu entnehmen.

## **Zwangsschulung**

Betreuerinnen und Betreuer brauchen für ihre Arbeit Schulung und Supervision. Das ist völlig unbestritten. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf stellen Diakonie, Koordinierungsstelle, Ehrenamtsagentur und viele andere entsprechende Angebote auf die Beine. Flüchtlingsinitiativen können teilnehmen und tun es auch, sie müssen aber nicht. Helferinnen und Helfer sind auch mit den Fähigkeiten willkommen, die sie mitbringen. NesT sieht eine Pflichtschulung für teilnehmende Initiativen durch das Ministerium oder eine von ihm beauftragte Organisation vor. Es wäre schade und unproduktiv, wenn freiwillige und motivierte Lernbereitschaft in einen bürokratischen Rahmen gepresst würde. Wer Pflichtschulungen anbietet, ist selbstverständlich sei-

nen Kundinnen und Kunden gegenüber verpflichtet, muss Curricula veröffentlichen und Qualitätsstandards erfüllen. Dazu finden sich in der Nest-Broschüre keine Hinweise, zur Zwangsschulung schon.

### **Ist dieses Konzept tragfähig?**

Was die Betreuung betrifft: ja! Die Flüchtlingsinitiativen in unserer Region sind schon mit ganz anderen Herausforderungen fertig geworden. Auch die von NesT nicht berücksichtigten, aber notwendigen weiteren Betreuungsleistungen sind gewährleistet. Was die Kosten betrifft: schwierig! Man braucht schon Unterstützerinnen und Unterstützer mit gut gefülltem Geldbeutel. Studierende, Familien mit kleinen Kindern, die meisten Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen, die selbst von Hartz IV leben müssen, können es sich nicht leisten. Gerade solche Menschen sind aber häufig in Flüchtlingsinitiativen tätig. Sie bringen ihre Arbeitskraft dort kostenlos ein, haben aber kein nennenswertes Vermögen. Sie werden von der Mithilfe bei NesT ausgeschlossen. Was Schulungen betrifft: ebenfalls schwierig! Helferinnen und Helfer von Flüchtlingsinitiativen lernen gern, aber freiwillig und nach offengelegten Standards. Zwang und Freiwilligkeit schließen sich gegenseitig aus. Was persönliche Abhängigkeit betrifft: nein! Paternalismus wird durch die Konstruktion des Programms geradezu provoziert und selbst in üblen Erscheinungsformen nicht wirksam ausgeschlossen.

### **Wir brauchen eine bessere Lösung!**

Die hessische Regierungskoalition hat ein Landes-Aufnahmeprogramm angekündigt. Hoffentlich kommt es bald. Mit ehrenamtlicher Unterstützung aus der Zivilgesellschaft kann die Regierung dabei rechnen. In unserer Region Marburg-Biedenkopf gibt es genug Menschen, die dazu bereit sind. Die Stadt Marburg hat ihre Unterstützung ebenfalls signalisiert. Das gilt auch für ein Resettlement-Programm des Bundes. Das Stichwort heißt: „200 nach Marburg-Biedenkopf“. Die ehrenamtliche Arbeit für solche Programme wird aufwändig genug. Da sollte der Staat wenigstens alle anfallenden Kosten übernehmen und sowohl Geflüchtete als auch Helferinnen und Helfer vor Ausbeutung und Selbstausbeutung schützen. Und letztlich ist der gemeinsame Aufbau einer sozial gesicherten Zukunft für Zugewanderte und Einheimische eine sehr viel wirksamere Triebfeder als gegenseitige finanzielle und paternalistische Abhängigkeit.

*Cölbe, den 13.05.2019  
Kurt Bunke*